

E F A
Boomkwekerijstraat 1 / 4
B - 1000 Brussels
Belgium

Postanschrift:
Huštańska głowna droga 28
D-03226 Wětošow, Wejsny žěl Huštań

E-Mail: hwk-LA@online.de
Web: www.lausitzer-allianz.org
Mobil: 0 151 - 54 40 10 10

Datum: 02.05.2013

offizielle Anfrage der Łužyska Alianca zur Umsetzung der EU-Minderheitencharta in Deutschland, Brandenburg und Sachsen über die EPI Group des EU-Parlamentes

Vorlage zur Weiterleitung an:

**Bundesregierung der BRD Bundeskanzlerin Angela Merkel,
BRD Innenministerium Minderheitenbeauftragter Christoph Bergner,
BRD Bildungsministerium Ministerin Prof. Johanna Wanka,
Staatsregierung des Freistaates Sachsen Ministerpräsident Tillich,
Landesregierung Brandenburg Ministerpräsident Platzeck**

nachrichtlich an:

**Sorbenrat Sachsen, Beirat für wendisch/sorbische Angelegenheiten Brandenburg,
Domowina Vorstand Bautzen, Domowina Regionalverband Niederlausitz Cottbus,
Initiativgruppe für den Serbski Sejmik, EFA-Directorium Brüssel**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihre Unterstützung und kommen auf Ihr Angebot zurück, die am 5. Juli 2012 in Strasbourg bei der EPI Group vorgetragene Probleme nochmals darzustellen und mit der Bitte an Sie zu verbinden, diese in Form einer öffentlichen Anfrage mit Aufforderung zur Stellungnahme an die o.g. verantwortlichen Stellen weiterzuleiten.

In krassen Widerspruch zu European Charter und Framework Agreement wurden in den letzten Jahren **in Sachsen 2 Schulstandorte im Kernsiedlungsgebiet der Sorben/Wenden geschlossen**. Offizielle Begründung der Behörden: ungenügende Schülerzahlen in der unteren Jahrgangsstufe (Forderung: 20, tatsächlich 17).

Beide Schulen sind im Siedlungsgebiet unersetzlich, da diese Schulen mit besonderer Prägung – bilingualer Muttersprachenunterricht – essentiell für die Erhaltung der sorbisch/wendischen Sprache im Siedlungsgebiet sind! Proteste der Eltern und der Domowina haben keine Verhinderung der Schließung mittels Sonderregelungen gebracht. Zum Teil müssen die Kinder jetzt lange Schulbuswege akzeptieren oder in anderen Schulen auf B-Unterricht (Sorbisch als „Fremdsprache“) ausweichen. Damit wurde weiterer Assimilationsdruck auf die ohnehin sehr schlechte Situation der Sprache aufgebaut. Das sächsische Kultusministerium ist selbst unter dem sorbischen Ministerpräsidenten Tillich nicht Willens, über Sondergenehmigungen und Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln Lösungen zu finden!

In **Brandenburg** ist die Situation der wendischen Sprache noch akuter. Gemäß einer Schätzung von 1998 leben hier **noch ca. 5.000 Muttersprachler**. Ein hoffnungsvolles Projekt in Anlehnung an das „Bretonische Modell“ ist das Witaj-Projekt. Es gibt momentan wieder 8 Kindergärten in denen nach der Immersionsmethode die Kinder zweisprachig aufwachsen. Es findet in den Grundschulen seine Fort-

führung bis hin zum Niedersorbischen Gymnasium in Cottbus/Chóšebuz. Seit seiner Gründung vor 15 Jahren und entgegen dem allgemeinen Schülerzahlentrend in Südbrandenburg, steigen die Schülerzahlen im Witaj-Projekt jährlich weiter an.

Im Sommer 2012 sorgte die für Bildung verantwortliche Ministerin in Brandenburg Martina Münch für spontanen Protest und Verwirrung, als Sie äußerte, den Witaj-Unterricht erst ab Schülergruppen von 12 Schülern zu genehmigen. Diese Äußerung wurde mittlerweile relativiert und auf den B-Unterricht bezogen sowie in ein **Evaluierungsverfahren zur Rechtfertigung** des Projektes geändert. Das Problem bleibt weiterbestehen: Statt das Konzept (im Einklang mit der EU-Charta) massiv zu unterstützen und zu fördern, werden ständig neue Hürden in Form von Mindestgruppennzahlen aufgestellt. Zudem fehlt es massiv an der Bereitstellung von Bildungsmaterialien, Fortbildungsfinanzierungen, Überbrückungsgeldern für Ersatzkräfte während entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen. Nur dem privaten Engagement der Erzieherinnen und Lehrkräfte ist eine positive Entwicklung, die ihr Potential längst nicht ausschöpft, zu verdanken.

1. Anfrage: Warum stehen für bilinguale Bildung und Förderung der Zweisprachigkeit keine oder zuwenig Mittel zur Verfügung, warum sind keine Ausnahmen für Schülerzahlen in Sachsen und Brandenburg definiert? Wir fordern, bis 1.9.13 gesicherte bilinguale Bildungskonzepte vorzulegen!

Ein weiteres existentielles Problem stellt der Braunkohlebergbau in der Lausitz dar. Diesem sind im Siedlungsgebiet der Wenden/Sorben **bereits 136 Dörfer** mit einer Fläche so groß wie Luxemburg zum Opfer gefallen – für immer verlorenes Land und Kultur, da die betroffenen **>30.000 Wenden/Sorben** in der Regel in Großstädte oder außerhalb des Siedlungsgebietes **zwangsassimiliert** wurden und werden. Dieser Trend hält unvermindert an – in der Mittellausitz sollen ab 30.6.2013 die nächsten 3 Dörfer im Kernsiedlungsgebiet (Miloraz, Mulkec, Rowne), geräumt und abgerissen werden! Daß sich die Politik hier auch klimapolitisch zugunsten einer Industrie-Lobby eklatant vergreift, zeigt die kontinuierliche Aushöhlung der Bürgerrechte und Demokratie!

Zusätzlich gibt es massive Probleme mit dem Umweltschutz: Das Biosphärenreservat Spreewald (FFH-Gebiet!) ist durch bergbaubedingte Folgen von massiver „Verockerung“ betroffen. Hier werden die letzten wirtschaftlichen Grundlagen des Wendischen Volkes zerstört. Eine weitere Verschärfung der Umweltverschmutzung ist durch geplanten Kupferbergbau in der Mittellausitz zu erwarten. Ein Mitbestimmungsrecht und/oder Schutz der Siedlungsgebiete ist nicht möglich, da das deutsche Bergrecht seit einer Gesetzesänderung in der Nazizeit alle anderen Bürgerrechte bricht – ein unhaltbarer Zustand!

2. Anfrage: Warum lassen die Regierungen von Deutschland, Sachsen und Brandenburg trotz Energieüberproduktion im Grundlastbereich in Deutschland weitere klima- und umweltschädliche Großtagebaue für Braunkohleenergiegewinnung im Kernsiedlungsgebiet der Wenden und Sorben zu? Warum werden Profit-Interessen eines schwedischen Staatskonzerns immer noch über das Allgemeinwohl gestellt? Wir fordern bis zum 30.6.2013 eine Gesetzesinitiative zum verbindlichen Schutz und zur freiheitlichen Selbstbestimmung der Europaregion Lausitz vorzulegen!

Bitte unterstützen Sie uns, indem Sie zu den oben genannten Themen Stellungnahmen bei den o.g. Regierungen einfordern. Bitte begleiten Sie die Themen mit den entsprechenden EU-Parlamentarischen Gremien! Bitte ermahnen Sie auch die Regierung der BRD im Bezug auf die baldige Ratifizierung der ILO Konvention 169!

Dieses Schreiben wird unterstützt vom indigenen Volk der Friesen, der Bayernpartei und dem SSW.

Herzlichen Dank – Hutšobné žěk! Mit besten Grüßen / psijašelny póstrow!

Hannes Wilhelm-Kell
(Parteivorsitzender/psedsedar Łužyska Alianca)

Anlagen:

- Chemiespree
- Schwedenbrief
- Schatzjagd in der Lausitz